

Teure Fernsehspiele

With Glowing Hearts – Mit glühenden Herzen. Das ist das Motto der olympischen Winterspiele in Vancouver, die noch bis zum 28. Februar stattfinden. Den Fernsehsendern dürften allerdings angesichts der Gebühren, die sie mittlerweile für die Übertragung des sportlichen Großereignisses hinblättern müssen, die Herzen bluten. Für die TV-Rechte an den letzten Winterspielen in Turin im Jahr 2006 zahlten sie insgesamt 831 Millionen Dollar – jetzt dürfte es noch einiges mehr sein. Fast 200 Staaten konnten in Turin Abfahrtslauf, Biathlon und Skispringen übertragen, 1956

in Cortina sendeten erst 22 Länder. Für die Veranstalter macht der Verkauf der TV-Rechte den Löwenanteil der Einnahmen aus. Diese sprudelten bei den Winterspielen 2002 in Salt Lake City mit 921,5 Millionen Dollar besonders kräftig. Davon stammten lediglich knapp 20 Prozent aus Ticketverkäufen. In den genannten Gesamteinnahmen noch nicht enthalten sind die Gebühren für Lizenzen. Merchandising-Artikel und Co. lassen sich die Veranstalter nämlich ebenfalls teuer bezahlen: In Turin kamen allein 22 Millionen Dollar für Lizenzprogramme zusammen.

In dieser Woche

Lohnerhöhungen: Mehr Gehalt, mehr Binnennachfrage – diese Gleichung geht nur bedingt auf. Denn höhere Saläre kommen den heimischen Geschäften nur zu einem Bruchteil zugute. Im Schnitt bleibt von 100 Euro Lohn-erhöhung nur ein Drittel für den Kauf inländischer Produkte übrig. Seite 2

Bildung & Ausbildung: Immer mehr junge Frauen absolvieren ein Lehramtsstudium in einem MINT-Fach, also in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Techniklastige Fächer wie Physik oder Elektro- und Metalltechnik werden allerdings auch künftig in der Regel Männer unterrichten. Seite 3

Ausbildungsmarkt: Im vergangenen Jahr wurden mit 566.000 rund 50.000 Ausbildungsverträge weniger geschlossen als 2008. Dennoch konnten rein rechnerisch alle Bewerber versorgt werden. Denn aufgrund des demografischen Wandels verlassen immer weniger Jugendliche die Schulen. Seite 4-5

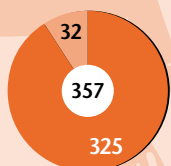
Griechenland: Der Haushalt der Hellenen ist zerrüttet – bis zum Jahr 2011 dürften sich die Staatsschulden auf 135 Prozent der Wirtschaftsleistung auftürmen. Um einen drohenden Staatsbankrott abzuwenden, braucht Griechenland Unterstützung. Europa allerdings ist zu finanziellen Hilfen nicht verpflichtet. Seite 6-7

Umweltthemen: Was beschäftigt die Umweltexperten der Wirtschaft dieses Jahr besonders? Es sind die Themen Energieeffizienz, das Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll sowie der Emissionshandel. Fast alle Umweltfachleute sind außerdem mit den Ergebnissen von Kopenhagen nicht zufrieden. Seite 8

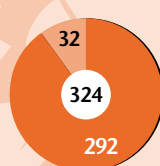
Olympische Winterspiele: TV-Rechte als Goldgrube

So viele Millionen Dollar an Einnahmen erzielten die jeweiligen Winterspiele

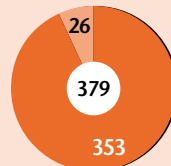
Insgesamt davon  aus Gebühren für TV-Rechte  aus Ticketverkäufen



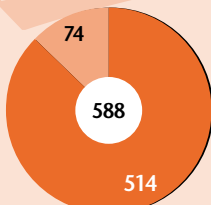
Calgary (1988)



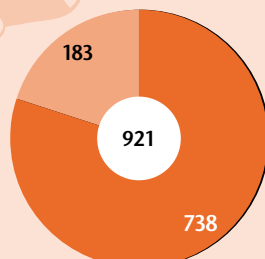
Albertville (1992)



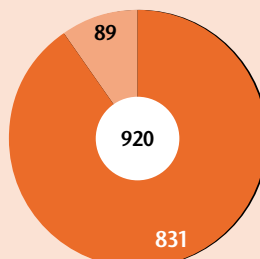
Lillehammer (1994)



Nagano (1998)



Salt Lake City (2002)



Turin (2006)

Insgesamt: ohne Lizenzen
 Quelle: International Olympic Committee

 Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Lohnerhöhungen

Der Kaufkraft nur bedingt dienlich

Mit kräftigen Lohnerhöhungen lässt sich die Binnennachfrage keineswegs so ankurbeln, wie es die Kaufkrafttheorie unterstellt. Zum einen kommt nur ein Bruchteil der höheren Löhne in heimischen Läden an. Zum anderen sind höhere Saläre für die Unternehmen auch mit neuen Kosten verbunden, was letztlich Jobs und damit Kaufkraft kosten kann – obwohl der Einzelne mehr verdient.

Die deutsche Wirtschaft ist nach wie vor nicht aus dem Größten raus, was die Krise anbelangt, auch wenn die Konjunktur allmählich an Fahrt gewinnt. Den weltmarktorientierten Unternehmen und ihren Mitarbeitern ist der Ernst der Lage durchaus bewusst, und auch die Industriegewerkschaften wissen, dass jetzt nicht die Zeit üppiger Lohnerhöhungen ist. Die IG Metall z.B. ist ohne konkrete Lohnforderung in die Tarifverhandlungen gegangen – die Sicherung von Jobs hat Vorrang.

Die Dienstleistungsgewerkschaften, allen voran ver.di, glauben dagegen, sie könnten im vermeintlich krisensicheren Öffentlichen Dienst in die Vollen gehen – sie fordern Gehaltserhöhungen von 5 Prozent.

Wie immer bei Tarifverhandlungen begründen die Arbeitnehmervertretungen ihre Forderungen auch mit dem Kaufkraftargument: Demnach sollen kräftige Lohnerhöhungen erst dem Konsum, dann – weil Kapazitäten fehlen – den Investitionen in der Konsumgüterindustrie und zuletzt der Beschäftigung auf die Beine helfen. Denn neue Maschinen wollen auch bedient werden. Doch diese einfache Rechnung geht nicht auf – zumal die Kostenseite ausgeblendet wird:

Kostenkeil. Kräftige Lohnerhöhungen treiben zunächst einmal die Produktionskosten der Unternehmen nach oben. Das schwächt – mit Blick auf die Industrieunternehmen – deren

Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt. Sie verkaufen weniger und können sich nicht refinanzieren. Die Binnennachfrage mag steigen, die Auslandsnachfrage aber geht zurück – ein Nullsummenspiel.

Im öffentlichen Sektor ist der internationale Wettbewerbsdruck zwar schwächer. Gleichwohl müssen – vor allem bei den derzeit wachsenden staatlichen Defiziten – die höheren Lohnkosten aufgefangen werden. Der Staat wird also seine Preise und Gebühren anheben – die Menschen verdienen zwar mehr, haben aber gleichzeitig höhere Ausgaben zu schultern. Ebenfalls ein Nullsummenspiel.

Alternativ kann Vater Staat seine Ausgaben auf den Prüfstand stellen. Erfahrungsgemäß wird dann vor allem weniger investiert. Oder die U-Bahn kommt nur noch alle zehn statt fünf Minuten, sodass weniger Züge benötigt werden – die Binnennachfrage sinkt also.

Hinzu kommt: Durch Rationalisierungen und Produktionsverlagerungen an kostengünstigere Standorte gehen hierzulande Arbeitsplätze verloren. Obwohl die verbleibenden Arbeitnehmer mehr in der Tasche haben, schrumpft durch den kostenbedingten Arbeitsplatzabbau die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme und damit auch der Konsum –

auch im Öffentlichen Dienst, weil z.B. weniger U-Bahnfahrer benötigt werden.

Sickereffekte. Nur ein Teil der Lohnerhöhung regt direkt die inländische Konsumgüterproduktion an. Denn das Geld landet überwiegend anderswo. Das zeigt eine einfache Modellrechnung (Tabelle):

Würde man zum Beispiel einem Familienvater mit zwei Kindern und einem bisherigen Durchschnittseinkommen von 2.310 Euro brutto im Monat genau 100 Euro drauflegen, bliebe unterm Strich nur gut ein Drittel für den Kauf heimischer Produkte übrig.

Abgezwickelt wird gleich an mehreren Ecken und Enden:

– Zuerst holen sich Fiskus und Sozialversicherung gut 40 Prozent der Lohnerhöhung. Die staatlichen Mehreinnahmen führen aber nicht automatisch zu steigenden konsumtiven Staatsausgaben – etwa höheren Renten, mehr Kindergeld oder Sozialhilfe. Sie tragen in Zeiten tiefer Haushaltslöcher allenfalls zu einer niedrigeren Neuverschuldung bei.

– Vom verbleibenden Nettoeinkommenszuwachs in Höhe von fast 60 Euro legen die Haushalte einen Teil zurück. Im Schnitt landen auf Sparbüchern 6,70 Euro.

– Ein weiterer Teil des zusätzlichen Nettoeinkommens wird für Importgüter ausgegeben – etwa einen Toyota aus Japan, einen Computer aus Taiwan oder einen Beaujolais aus Frankreich. Mit dem Kauf ausländischer Konsumgüter gehen dann nochmals im Schnitt 19,40 Euro an den Kassen der heimischen Unternehmen vorbei.

Alles in allem bleiben von einer Bruttolohnerhöhung um 100 Euro nur 34 Euro für den Kauf von inländischen Konsumgütern übrig. Bei einem Single sind es wegen der deutlich höheren Steuerbelastung sogar nur noch 28,60 Euro.

Lohnerhöhung: Heimische Geschäfte profitieren wenig

im Jahr 2010 in Euro

	Verheiratet, 2 Kinder	Single, ohne Kind
Bruttolohnerhöhung	100,00	100,00
– Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag	19,80	28,80
– Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	20,20	20,50
= Nettolohnerhöhung	59,90	50,70
– Ersparnis	6,70	5,70
– Konsum von Importwaren	19,40	16,40
= Nachfrageplus nach inländischen Konsumgütern	33,90	28,60

Annahme: Bruttomonatsverdienst nach Erhöhung 2.410 Euro; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, IW-Berechnungen

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Lehrerinnen: Wenig Technik-affin

Im Jahr 2008 gab es im Vergleich zu 2003 rund ein Fünftel mehr fertig ausgebildete Lehrerinnen für die sogenannten MINT-Fächer, also für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Doch die männlichen Kollegen stellen immer noch die Mehrheit an den Schulen und Hochschulen.

Schule. Von allen MINT-Fächern ist Mathematik am beliebtesten bei deutschen Lehramtsanwärterinnen – gut die Hälfte der neuen Mathelehrer war 2008 weiblich. Für allgemeinbildende Schulen finden sich auch noch in Biologie und Chemie relativ viele neue Lehrerinnen. Die Physik ist hingegen ein männerdominiertes Fach mit nur einem Achtel weiblicher Referendariatsabsolventen. Und auch in den Technik-affinen Fächern wie Elektro- und Metalltechnik sowie in Informatik werden künftig weit weniger Frauen als Männer unterrichten.

Berufsschule. In den Naturwissenschaften und in Mathematik waren 2008 vier von zehn Absolventen der 2. Staatsprüfung für die Berufsschule weiblich. Im Bereich Technik und in der Informatik sind Frauen dagegen Exotinnen. In absoluten Zahlen: Im Vergleich zu 2003 gab es im Jahr 2008 über alle MINT-Fächer hinweg nur gut 10 Prozent mehr weibliche Absolventen; die Zahl ihrer männlichen Kollegen hingegen ist um ein Drittel gestiegen.

Hochschule. Die Zukunft der Lehre in den MINT-Fächern wird weiblicher: Während die Zahl der männlichen Hochschullehrer zwischen 2003 und 2008 um knapp 5 Prozent zurückging, konnten die Professorinnen um knapp 50 Prozent zulegen, allen voran die Mathematikerinnen mit einem Plus von 71 Prozent.

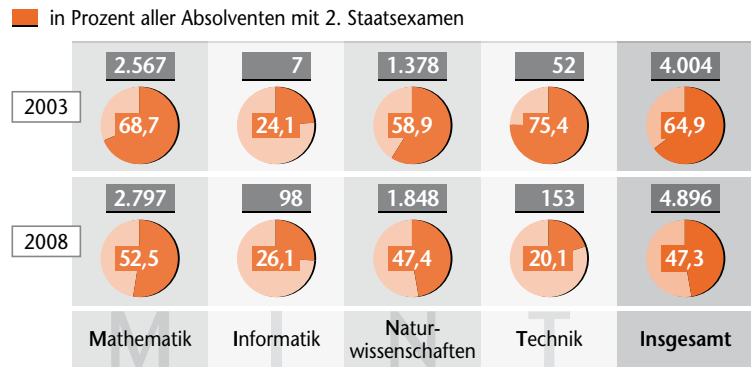
Nimmt man nur die hauptberuflichen, unbefristeten Vollzeitstellen in den Blick, zeigt sich ein ähnliches Bild: Im Vergleich zu 2003 gibt es inzwischen rund 12 Prozent weniger Professoren, aber 28 Prozent mehr Professorinnen. Noch allerdings ist der Frauenanteil an allen MINT-Professuren mit knapp 10 Prozent sehr gering.



Bildung & Ausbildung

Lehrernachwuchs: Frauenquote gesunken

So viele Frauen haben im jeweiligen Jahr die 2. Staatsprüfung für MINT-Fächer an allgemeinbildenden Schulen bestanden

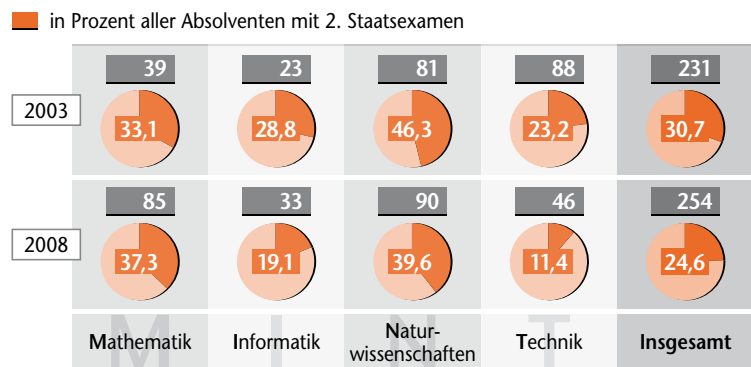


Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Berufsschulen: Weniger Techniklehrerinnen

So viele Frauen haben im jeweiligen Jahr die 2. Staatsprüfung für MINT-Fächer an beruflichen Schulen bestanden

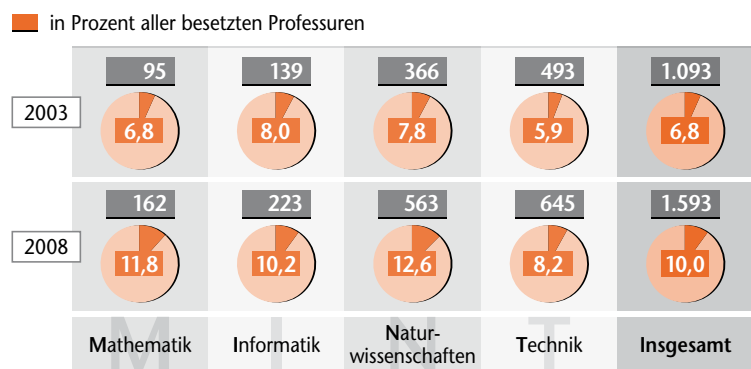


Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

MINT-Professorinnen auf dem Vormarsch

Hauptberufliche Professorinnen



Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Ausbildungsmarkt

Demografie schlägt Wirtschaftskrise

Manchmal hat die demografische Entwicklung auch ihr Gutes: Zwar sind im Ausbildungsjahr 2009 deutlich weniger neue Verträge als im Vorjahr geschlossen worden, dennoch konnten rechnerisch alle Bewerber versorgt werden. Denn weil immer weniger Jugendliche die Schulen verlassen, sinkt auch die Nachfrage. In manchen Branchen blieben deshalb viele Lehrstellen erneut unbesetzt.

Wenn die Wirtschaftsleistung einbricht und Unternehmen überwiegend damit beschäftigt sind, ihre Mitarbeiter mithilfe von Kurzarbeit und Umstrukturierungen zu halten, überrascht es wenig, dass die betriebliche Personalpolitik auch auf anderen Gebieten keinen Expansionskurs fährt. Dies musste auch der Ausbildungsmarkt erfahren (Grafik Seite 5):

Im Jahr 2009 wurden mit 566.000 rund 50.000 Ausbildungsverträge weniger geschlossen als im Jahr davor. Dies entspricht einem Minus von 8,2 Prozent.

In Westdeutschland fiel der Rückgang mit 7,1 Prozent noch relativ moderat aus; deutlich stärker war der Einbruch im

Osten, wo 13 Prozent weniger Lehrverträge unterzeichnet wurden. Das größte Minus an Ausbildungsverträgen gab es in Mecklenburg-Vorpommern – hier sackte die Zahl um 17,5 Prozent ab. Recht glimpflich hingegen war der Schwund im Saarland, wo aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs lediglich rund 1 Prozent weniger Ausbildungsverträge zustandekamen.

Doch nicht nur in den einzelnen Bundesländern verlief die Entwicklung am Ausbildungsmarkt höchst unterschiedlich, auch in vielen anderen Punkten gab es gegenläufige Tendenzen:

- In fast allen **Ausbildungsbereichen** ging die Zahl der Verträge zurück, ledig-

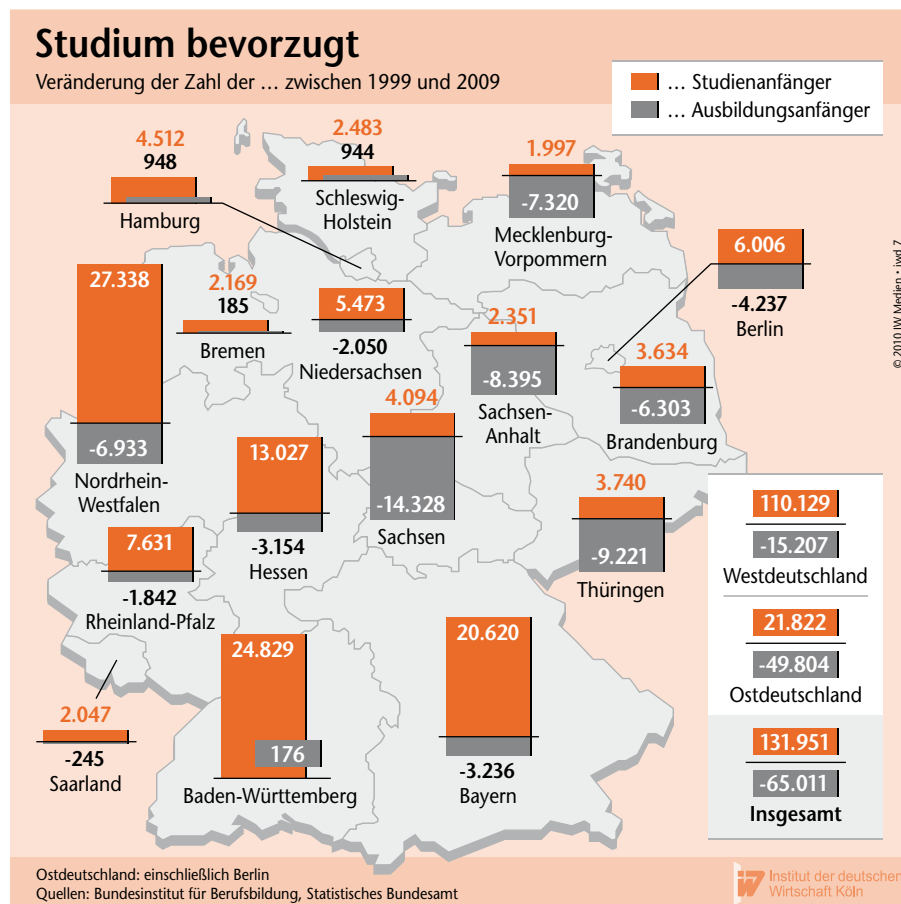
lich im Öffentlichen Dienst gab es ein Plus: Hier wurden 2009 fast 4 Prozent mehr Verträge geschlossen als 2008. In Industrie und Handel hingegen ging mit einem Minus von knapp 10 Prozent die Zahl der Neuverträge am stärksten zurück. Gleichwohl stellten die Betriebe in diesem Bereich mit rund 330.000 neuen Azubis immer noch mit Abstand die meisten Nachwuchskräfte ein.

- Auch zwischen den **Geschlechtern** ist nicht alles im Lot. So schlossen im vergangenen Jahr mit einem Anteil von knapp 43 Prozent immer noch deutlich weniger Frauen einen Ausbildungsvertrag ab als Männer. Allerdings war der weibliche Nachwuchs mit einem Minus von 8,2 Prozent vom generellen Trend nicht ganz so stark betroffen wie der männliche (-9,5 Prozent).

- Die **Dauer der Berufsausbildung** spielt ebenfalls eine Rolle – so sind kompakte Berufsprofile stark im Kommen: Der Anteil der zweijährigen Ausbildungsberufe an allen Ausbildungsverträgen hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt und beträgt mittlerweile rund 9 Prozent. Demzufolge ging auch die Zahl der Azubis, die einen Zweijahresvertrag abschlossen, 2009 nur um 2 Prozent zurück.

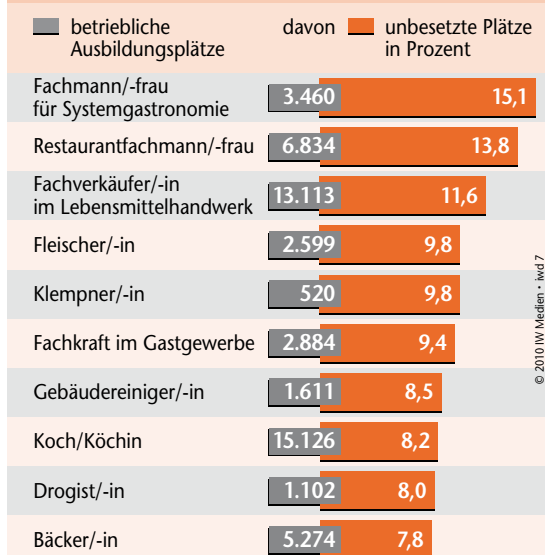
- Entscheidend ist auch, an welche **Zielgruppe** sich ein Ausbildungsberuf wendet. Die Zahl der Verträge in Ausbildungsberufen für Menschen mit Handicaps zum Beispiel ist im vergangenen Jahr um 2 Prozent gesunken. Dass sie allerdings in Brandenburg 6,6 Prozent und in Hamburg nur 0,6 Prozent aller Verträge ausmachen, hängt vor allem mit den stark variierenden Förderstrategien für Behinderte zusammen.

Die Wirtschaftskrise ist jedoch nicht die zentrale Ursache für das Minus bei den Ausbildungsverträgen. Hauptgrund ist vielmehr die demografische Entwicklung: So sank die Zahl der nicht studienberechtigten Schulabgänger im Jahr 2009 im Westen um 3,8 Prozent und im Osten gar um 13,1 Prozent – was dramatische Auswirkungen für den Ausbildungs-



Auszubildende: Gastronomie geht häufig leer aus

Ausbildungsberufe mit den im Jahr 2009 höchsten Anteilen an unbesetzten betrieblichen Ausbildungsplätzen



Stand: 30. September 2009; nur Berufe mit mindestens 500 angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätzen
Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

markt hat, da diese Gruppe mit knapp acht von zehn den Großteil der Auszubildenden stellt: Bundesweit bewarben sich im vergangenen Jahr insgesamt fast 9 Prozent Jugendliche weniger um einen Ausbildungsplatz als noch 2008.

Besonders stark fiel der Rückgang im Osten Deutschlands aus. Mit minus 14 Prozent war der Bewerberschwund hier fast doppelt so hoch wie im Westen. Dieser demografiebedingte Trend in Ostdeutschland ist jedoch nicht neu:

In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Schulabgänger im Osten bereits um 41 Prozent gesunken. Und in den kommenden zwei Jahren wird die Schülerzahl noch weiter abnehmen, um sich danach auf dem niedrigen Niveau von jährlich etwa 130.000 Absolventen einzupendeln.

Im Westen ist es genau anders herum: Hier stieg die Zahl der Schulabsolventen in den vergangenen zehn Jahren um knapp 10 Prozent. Und auch diese Tendenz ist noch nicht gestoppt – bis zum Jahr 2013 werden die Jahrgangsstärken auf rund 812.000 Schulabgänger wachsen, um danach deutlich abzusinken.

Mit Spannung werden vor allem die doppelten Abiturientenjahrgänge erwartet, die sowohl den Ausbildungs- als auch

den Hochschulmarkt gehörig durcheinander wirbeln könnten: Im kommenden Jahr werden die ersten Absolventen des achtjährigen Gymnasiums in Bayern und Niedersachsen die Schule, 2012 folgt Baden-Württemberg und 2013 schließlich mit Nordrhein-Westfalen das größte Flächenland. Wie diesen Jahrgängen der Berufseinstieg gelingt, hängt nicht zuletzt von den Prioritäten der Jugendlichen mit Hochschulreife ab; zuletzt haben sich diese deutlich mehr zu einem Studium hingezogen gefühlt (Grafik Seite 4):

Während in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Auszubildenden um rund 10 Prozent zurückging, stieg die der Studienanfänger um mehr als 45 Prozent an.

Die Demografiefalle schnappt somit besonders stark auf dem Ausbildungsmarkt zu, während die gestiegene Studierneigung diese Entwicklung an den Hochschulen mehr als ausgleicht. Das wiederum liegt auch daran, dass immer mehr Schüler höhere Schulabschlüsse anstreben: So ist die Zahl der Schulabgänger ohne Studienberechtigung zwischen 1999 und 2009 bundesweit um rund 11 Prozent gesunken, während die Zahl der Abgänger mit Hochschulreife um knapp 20 Prozent zulegte.

Die gesamtdeutsche Betrachtung der Bildungskarrieren täuscht jedoch auch hier wieder über gravierende Unterschiede zwischen Ost und West hinweg: In den alten Bundesländern legte die Zahl der Schulabgänger ohne Hochschulreife um rund 2 Prozent zu – im Osten hingegen hat sie sich mehr als halbiert. Aus vielen Bundesländern, allen voran aus

Sachsen, wandern deshalb inzwischen deutlich weniger Bewerber ab, um etwa in Bayern oder Baden-Württemberg eine Lehrstelle anzutreten. Vor ein paar Jahren zog es regelmäßig noch bis zu 14.000 ostdeutsche Jugendliche jährlich zur Berufsausbildung in den Westen.

Solche Wanderungsbewegungen verringern die Ungleichgewichte am Ausbildungsmarkt, da sie die Zahl der unversorgten Bewerber senken. So kamen im vergangenen Jahr auf hundert bei der Bundesagentur für Arbeit registrierte Nachfrager im Osten 99,9 gemeldete Ausbildungsplätze vor Ort. Im Westen war diese Relation mit 101,6 Plätzen je hundert Bewerber noch etwas günstiger.

Auch für die Altbewerber, deren Schulabschluss mindestens ein Jahr zurückliegt, hat sich die Situation in den vergangenen zwei Jahren deutlich entspannt. Ihre Zahl hat sich um mehr als 140.000 Jugendliche verringert. Insgesamt kam es damit 2009 trotz des starken Rückgangs an Neuverträgen zum Ausgleich am Ausbildungsmarkt:

Jedem registrierten unversorgten Bewerber standen Ende September 2009 statistisch betrachtet knapp zwei Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Seitdem sind von den 9.600 Bewerbern ohne Lehrstelle weitere 5.300 nachvermittelt worden, sodass nunmehr lediglich bundesweit 4.4000 junge Menschen als unversorgt gelten.

In manchen Berufen fehlt bereits gar Nachwuchs (Grafik). In der Gastronomie und im Lebensmittelhandwerk blieben 2009 viele Lehrstellen mangels Interessenten oder geeigneter Bewerber unbesetzt. An dieses Szenario wird man sich gewöhnen müssen: Politik und Wirtschaft sind sich einig, dass es dieses Jahr für die Unternehmen noch schwieriger werden dürfte, passende Kandidaten für ihre Ausbildungsplätze zu finden.

Ausbildungsmarkt 2009: Mehr Plätze als Bewerber

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Insgesamt
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	467.006	98.998	566.004
Unbesetzte Ausbildungsplätze	14.500	2.644	17.144
Unversorgte Bewerber	6.903	2.697	9.600
Saldo	7.597	-53	7.544

Stand: 30. September 2009

Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Stich
wort

Länder, die der Eurozone beitreten wollen, müssen dafür einen geordneten Staatshaushalt vorweisen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) der Eurozone soll dafür sorgen, dass sich die Euroländer auch noch nach der Einführung der Gemeinschaftswährung diszipliniert verhalten. So sind im SWP auch zwei Kriterien wiederzufinden, die schon für den Beitritt zum Euroraum galten: Die jährliche Neuverschuldung sollte längerfristig bei null liegen und darf auch in Krisenzeiten normalerweise nicht mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Der gesamte Schuldenberg sollte zudem nicht höher als 60 Prozent des BIP sein.

Verstoßen Länder fortlaufend gegen den Pakt, müssen sie theoretisch mit Sanktionen der Europäischen Kommission rechnen – also mit Strafzahlungen an Brüssel. Doch der Pakt wurde im Jahr 2005 gelockert – und so sind noch nie Sanktionen erhoben worden. Deutschland, Frankreich und Griechenland hatten beispielsweise über mehrere Jahre hinweg gegen den SWP verstoßen, ohne jemals von der EU-Kommission mit Strafen belegt worden zu sein.

Der Internationale Währungsfonds

Der IWF ist dazu da, Währungen zu stabilisieren und einzugreifen, wenn Staaten Zahlungsschwierigkeiten haben. Dies ist häufig der Fall, wenn eines der 185 Mitgliedsländer am internationalen Kapitalmarkt kein Geld mehr bekommt. Dann kann der IWF mit einem Kredit aushelfen. Die Mittel dafür nimmt er aus den Einlagen und Krediten seiner Mitglieder.

Einnahmen erhält der Fonds vor allem aus den Zinsen, die er für verliehenes Geld bekommt. Doch bevor der IWF einem Land Kapital zugesteht, stellen die Washingtoner Ökonomen oft Bedingungen – der in Not geratene Staat muss sich auch selbst mit aus der Patsche ziehen. Das bedeutet unter Umständen harte Einschnitte bei den Staatsausgaben, mehr Privatisierungen, geringere Inflation.

Welches Mitgliedsland bei IWF-Entscheidungen wie viel Mitspracherecht hat, regeln die Basisstimmrechte und eine Quote. Die Basisstimmrechte sind für alle gleich. Die Quote hingegen ist von der Wirtschaftskraft des Mitgliedsstaats abhängig – also von seinem Bruttoinlandsprodukt, den Währungsreserven sowie den Schwankungen von Exporten und Kapitalflüssen.

Griechenland

Ein Fall für den IWF

Die Finanzen einiger Länder der Eurozone sind so zerrüttet, dass ein Staatsbankrott droht – zumindest theoretisch, denn die Europäische Union würde Pleiten ihrer Mitglieder trotz aller gegenteiligen Beteuerungen nicht zulassen. Das Problem: Koppelt die EU ihre Hilfspakete an strenge Auflagen, drohen Proteste, die die europäische Einheit gefährden könnten. Von daher wäre es klüger, wenn der Internationale Währungsfonds eingreifen würde.

Griechenland und sein Schuldenberg haben in den vergangenen Wochen nicht nur die Finanzmärkte nervös gemacht. Die Hellenen kämpfen derzeit mit einem Haushaltsdefizit von fast 13 Prozent der Wirtschaftsleistung – und das aller Voraussicht nach sogar noch im nächsten Jahr (Grafik). Logisch, dass damit der ohnehin hohe Schuldenberg noch größer wird:

Die Staatsschulden Athens dürften sich bis 2011 auf gut 135 Prozent des griechischen Bruttoinlandsprodukts auftürmen.

Mittlerweile werden Investoren immer skeptischer, ob Griechenland seine Staatsschulden überhaupt noch dauerhaft bedienen kann und Abnehmer für seine Staatsanleihen findet. Durch dieses Misstrauen werden die Zinsen der Papiere immer weiter in die Höhe getrieben – und liegen inzwischen fast 4 Prozentpunkte über dem Wert, den solvente Staaten wie Deutschland zahlen müssen. Griechenland hat es durch die steigenden Zinsen immer schwerer, sich am Kapitalmarkt zu refinanzieren. Kauft keiner mehr die Staatspapiere, fließt auch kein Geld mehr nach Athen – der Staat wäre dann bankrott.

Doch nicht nur der griechische Haushalt steht tief in der Kreide. Die Finanzkrise hat dazu geführt, dass auch viele andere Staaten sich in großem Umfang zusätzlich verschulden mussten und nun hohe öffentliche Defizite und Schuldenstände aufweisen.

Hinzu kommt, dass einige Länder der Eurozone und in Mittel- und Osteuropa vor der Krise immense Leistungsbilanzdefizite entstehen ließen. Weil die heimische Nachfrage so stark wuchs, dass die eigene Produktion bei weitem nicht

ausreichte, importierten diese Volkswirtschaften mehr, als sie exportierten. Und finanziert haben sie das Ganze auf Pump.

Gerade die südeuropäischen Staaten müssen nun doppelt sparen, um die hohen Zwillingsdefizite im öffentlichen Budget und in der Leistungsbilanz wieder in den Griff zu bekommen. So hat beispielsweise auch Portugal große Probleme.

Sollten nun die Finanzmarktakteure den betroffenen Staaten den Geldhahn zudrehen, müsste ein großer Helfer her, um Pleiten abzuwenden. Einige EU-Mitgliedsstaaten außerhalb der Eurozone haben schon Hilfe aus Brüssel erhalten. Doch für Staaten der Europäischen Währungsunion (EWU) gilt formell die sogenannte No-Bailout-Klausel (zu deutsch: Kein-Rettungsplan-Klausel): Danach ist ein Staat für seine Finanzen auch in Krisenzeiten allein verantwortlich, und die EU sowie deren Mitgliedsländer dürfen ihn nicht finanziell unterstützen. Zusätzlich zwingt der Stabilitäts- und Wachstumspakt (Rasterspalte) die EWU-Staaten von vornherein zur Sparsamkeit. Denn wenn die Länder wüssten, dass sie auch bei laxer Haushaltspolitik am Ende gerettet werden, könnten sie dies leicht ausnutzen.

Im Falle Griechenlands haben selbst diese institutionellen Vorkehrungen nicht verhindert, dass das Land die 3-Prozent-Hürde immer wieder gerissen hat und bereits vor der Finanzkrise mächtig Schulden angehäuft hatte. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Drohungen der No-Bailout-Klausel und auch die Sanktionsankündigungen im Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht wirklich glaubwürdig sind. Das Regelwerk der Europäischen Union zur Krisen vorbeugung und

-bekämpfung steht somit auf tönernen Füßen.

Denn wenn ein Staat finanziell schlappmacht, ist es politisch nicht vorstellbar, dass die übrigen EU-Staaten dies zulassen. Zu hart wären die Anpassungslasten für die Bevölkerung, zu hoch die Gefahr, dass in der Folge auch andere Staaten kippen, und zu groß das Risiko, dass sich die Finanzkrise wieder verschärft, weil Banken und Versicherungen belastet würden, sind sie doch Gläubiger der betroffenen Staaten.

Dass die EU einen Staatsbankrott nicht ohne Weiteres zulassen wird, hat sich ohnehin bereits im vergangenen Winter gezeigt, als sie vage signalisierte, bei einer weiteren Zuspitzung der Krise zu intervenieren – mittlerweile allerdings stellt sie diese Zusagen wieder infrage. Dieses unentschlossene Hin und Her zeigt, wie sehr ein neues, glaubwürdiges und verlässliches Regelwerk nötig ist.

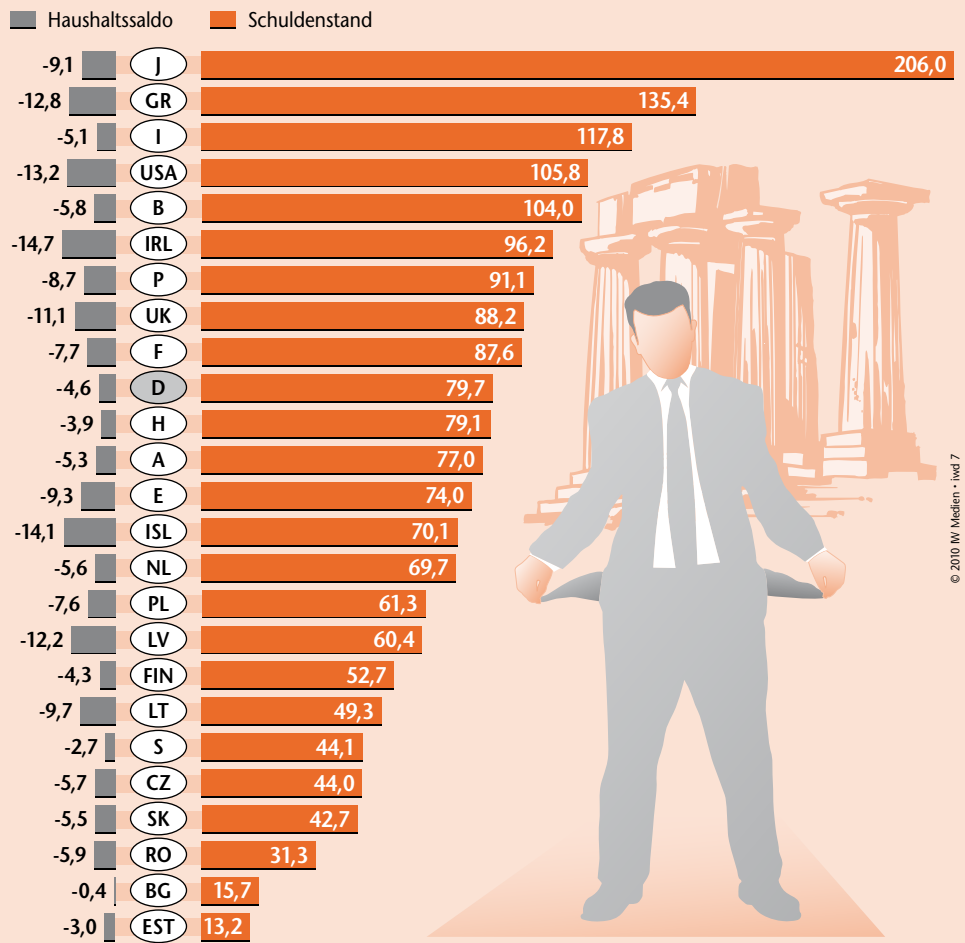
Dazu geistern momentan viele Vorschläge durch die Welt: Eine Verschärfung des Stabilitätspakts, ein EU-Konsolidierungsabkommen mit klaren Sparzielen, ein Rettungsplan der EU mit strikten Reformauflagen, ein Europäischer Währungsfonds. Derweil versucht die Europäische Kommission, Griechenland durch häufige Berichtspflichten und Prüfung der Sparmaßnahmen eng an die Kandare zu nehmen – wirklich überzeugen konnte dies die Finanzmärkte aber bisher nicht.

All diesen Rufen nach mehr Strenge gegenüber dem Haushaltssünder ist eines gemeinsam: Der griechische Protest dürfte sich bald gegen die EU und ihre Mitgliedsstaaten richten. Und das gefährdet unter Umständen die europäische Einheit. Somit droht den Reformvorschlägen am Ende das gleiche Schicksal wie der No-Bailout-Klausel: Sie werden um des lieben Friedens Willen gelockert oder gar hinfällig.

Deshalb ist es sinnvoller, einen Retter jenseits der europäischen Grenzen zu suchen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) beispielsweise hat in der Vergangenheit bereits einigen fast ban-

Staatshaushalte: Viele Schieflogen

Prognosen für 2011 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: EU-Kommission

Institut der deutschen
Wirtschaft Kohl

krotten Ländern aus der Patsche geholfen (Rasterspalte):

Der IWF könnte auch eine griechische Staatspleite verhindern und Athen zugleich sehr glaubwürdig strikte Reformbedingungen auferlegen.

Denkbar wäre zum Beispiel eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild, um auch nachfolgende Regierungen auf Kurs zu halten.

Aus politischer Sicht ist entscheidend, dass damit der IWF als „Sündenbock“ erhalten müsste und sich etwaige Proteste gegen ihn statt gegen Brüssel richten würden. Die EU dagegen könnte durch eine Ko-Finanzierung des Hilfspaketes den Krisenstaat stützen, wie sie es bereits für Ungarn, Rumänien und Lettland getan hat. Das würde den europäischen Einigungsgedanken sogar stärken.

Ein weiterer Vorteil liegt in der Drohwirkung eines IWF-Eingriffs. Weil der Fonds wegen seiner strikten Bedingungen

gefürchtet wird, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Staaten sich an seine Vorgaben halten. Mehr noch: Die Länder dürften aus Respekt vor dem IWF schon im Vorfeld ihre Staatsfinanzen in Ordnung bringen – und somit den Geist der No-Bailout-Klausel bewahren und den Vorgaben des Stabilitätspakts folgen.

Der vermeintlich große Nachteil der IWF-Hilfe liegt im Eingeständnis der Europäischen Währungsunion, mit den internen Problemen nicht selbst fertig zu werden. Allerdings sollte die Eurozone angesichts recht erfolgreicher erster zehn Jahre mehr Selbstbewusstsein zeigen.

Auch andere Einwände lassen sich entkräften. So bedroht der Eingriff des Währungsfonds keinesfalls die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, weil geldpolitische Auflagen innerhalb der Eurozone verzichtbar sind. Zudem hat sich der Fonds schon in anderen Währungsunionen bei Krisen eingeschaltet.

Umweltthemen

Energiesparen ist angesagt

Im Jahr 2010 wird das Thema Energieeffizienz nach Meinung von Umweltexperten aus der Wirtschaft eine herausragende Rolle spielen. Angesichts der enttäuschenden Ergebnisse der Kopenhagener Klimakonferenz halten die Fachleute aber auch eine weitere Debatte um ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll für besonders wichtig.

Der Klimagipfel von Kopenhagen ist Geschichte – doch von der Agenda verschwinden werden umweltpolitische Themen auch im Jahr 2010 noch lange nicht. Welche Aspekte in den kommenden Monaten besonders relevant sein werden, wollte das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Januar von 192 Umweltexperten aus Unternehmen und Wirtschaftsverbänden wissen. Das wichtigste Ergebnis (Grafik):






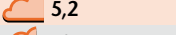
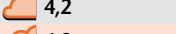
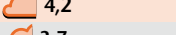
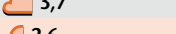

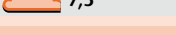
Für die Umweltfachleute hat das Thema Energieeffizienz Vorrang – 23 Prozent setzen es ganz oben auf ihre Prioritätenliste.

Damit hat sich die Rangfolge seit dem vergangenen Jahr leicht verschoben. Anfang 2009 platzierten die Experten den sparsamen Umgang mit Öl, Gas und anderen Ressourcen noch auf Position zwei der Umweltthemen (vgl. iwd 11/2009). Noch wichtiger war damals die aktuelle nationale und europäische Klimapolitik.

Dass die Energieeffizienz inzwischen für viele Wirtschaftsvertreter den größten

Umweltthemen: Klima bleibt im Blickpunkt

So viel Prozent der Experten aus Unternehmen und Wirtschaftsverbänden halten dieses umweltpolitische Thema im Jahr 2010 für vorrangig

Energieeffizienz		23,0
Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz		18,3
Emissionshandel		11,0
REACH-Umsetzung		11,0
Nationale Klimaschutzpolitik		9,4
Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken		5,2
Nachfolgeregelung für Ökosteuererstattung für energieintensive Branchen		4,2
Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz		4,2
Erneuerbare Energien		3,7
Nationale Anpassungsstrategie/Aktionsplan Klimaanpassung 2011		2,6
Sonstige Themen		7,3

REACH: Europäische Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe; sonstige Themen: unter anderem Lärmschutz und Stickstoffdioxid; Befragung von 192 Umweltexperten im Januar 2010; Quelle: IW-Umweltexpertenpanel

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Stellenwert hat, liegt auf der Hand. Denn ein Unternehmen, das seinen Energieeinsatz je Produkteinheit reduziert, leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Der Betrieb profitiert vielmehr auch unmittelbar von den geringeren Energiekosten. Dies ist umso bedeutsamer, als Strom künftig noch teurer werden dürfte.

Viele Firmen legen sich daher mächtig ins Zeug, um ihren Energieeinsatz zu optimieren. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat solche Initiativen im Rahmen der Maßnahme „klimazwei“ gefördert.

Ein Beispiel: Das Logistikunternehmen DHL konnte durch die Änderung der Beleuchtungstechnik in einem Krefelder Paketzentrum seinen Stromverbrauch um mehr als 20 Prozent reduzieren. Dies lässt nicht nur die Kosten sinken, sondern entlastet die Umwelt jährlich um 112 Tonnen Treibhausgase. Die geplante entsprechende Umrüstung in allen DHL-Paketzentren wird voraussichtlich zu einer Ersparnis von insgesamt 3.300 Tonnen Kohlendioxid, Stickoxiden etc. pro Jahr führen.

Neben solchen besonders betriebnahen Themen haben die vom IW Köln

befragten Fachleute auch weiterhin die Weltpolitik fest im Blick:

Die Frage, ob und wie ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz zustande kommt, ist für 18 Prozent der Umweltexperten von größter Bedeutung.

Das bedeutet Rang zwei auf der Liste der wichtigsten Umweltthemen im Jahr 2010. Ein Grund dafür ist, dass das Kyoto-Protokoll schon im Jahr 2012 ausläuft und die Kopenhagener Klimakonferenz im vergangenen Dezember keine wesentlichen Fortschritte auf dem Weg zu einer neuen Vereinbarung gebracht hat. So gaben 92 Prozent der Unternehmens- und Verbandsvertreter an, mit den Ergebnissen von Kopenhagen nicht zufrieden zu sein. Umso dringlicher sind jetzt neue Ansätze zur Lösung des globalen Klimaproblems.

Auf Platz drei des Umweltthemen-Rankings steht in diesem Jahr der Emissionshandel, der für 11 Prozent der Fachleute Priorität hat. Vor allem die Unternehmen aus energieintensiven Branchen setzen sich damit vorrangig auseinander. Denn sie bekommen die höheren Auflagen besonders deutlich zu spüren und müssen zusätzliche Emissionsrechte erwerben.

Für Adressaufkleber